



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 11. Sitzung des Ausschusses für Finanzen (F/011/2020)

am Montag, 25. Mai 2020,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Plenarsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

16:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:35 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r

Dr. Peter Lames

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kati Bischoffberger

Johannes Lichdi

Anja Osiander

Michael Schmelich

CDU-Fraktion

Heike Ahnert

Dr. Hans-Joachim Brauns

Peter Krüger

Fraktion DIE LINKE.

Magnus Hecht

Tilo Kießling

André Schollbach

Fraktion Alternative für Deutschland

Wolf Hagen Braun

Dr. Silke Schöps

Alexander Wiedemann

SPD-Fraktion

Dr. Viola Vogel

FDP-Fraktion

Christoph Blödner

Stellvertretende Mitglieder

Susanne Dagen

Vertretung für Herrn Jens Genschmar

Abwesend:

Fraktion Freie Wähler Dresden

Jens Genschmar

Verwaltung:

Frau BM Klepsch	GB 4
Frau Möckel	AL Amt 20
Herr Weihermüller	AL Amt 22
Herr Gehring	AL Amt 14
Herr Fücker	AL Amt 40
Frau Egert	Amt 20
Frau Mönch	Amt 20
Herr Wolff	Amt 20
Frau Eulitz	Amt 30
Frau Dr. Stanislaw-Kemenah	GLB

Gäste:

Herr Buchmann	Mopo
Herr Neumann	Mopo
Herr Baumann-Hartwig	DNN

Schriftführer/-in:

Frau Kaufmann	Amt 15, SG Stadtratsangelegenheiten
---------------	-------------------------------------

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- | | | |
|----------|--|----------------------------------|
| 1 | Bericht zur Steuerschätzung, zu Maßnahmen des Freistaates Sachsen in Bezug auf die Kommunal финанzen und zur Haushaltsverfügung vom 21. April 2020 | |
| 2 | Evaluierung der Schlüsselprodukte in der Landeshauptstadt Dresden mit Wirkung ab dem Haushaltsplan 2021/2022 | V0175/19
beschließend |

nicht öffentlich

- | | | |
|-----------|--|--|
| 3 | Fortführung von Projekten und Strategien aus der Bewerbung "Kulturhauptstadt Europas 2025" | V0193/19
beratend |
| 4 | Fortführung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Freistaat Sachsen, dem Land Hessen, der Stadt Frankfurt am Main sowie der LH Dresden und der Dresden Frankfurt Dance Company (Rechtsträger: Dresden Frankfurt Dance Company GmbH) bis 31.12.2023 | V0243/20
beratend |
| 5 | Ersatzneubau einer Zweifeld-Sporthalle am Gymnasium Plauen, Kantstraße 2 in 01187 Dresden | V0161/19
beratend |
| 6 | Rahmenrichtlinie der Landeshauptstadt Dresden (RRL LHD) als Grundlage für die Erarbeitung von Fachförderrichtlinien und damit verbundenen Zuwendungen an Dritte | V2850/18
beratend
(federführend) |
| 7 | Unbefristete Niederschlagung einer Forderung in einem Einzelfall | V0262/20
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 8 | Fortschreibung der investiven Finanzplanung 2020 durch Umverteilung des Mittelabflusses ausgewählter Projekte auf die Jahre 2021 bis 2023 | V0272/20
1. Lesung |
| 9 | Stromsperren verhindern | A0032/20
beratend |
| 10 | Wald erfahren – Waldpädagogisches Zentrum in der Dresdner Hei- | A0035/20 |

	de etablieren	beratend
11	Stauseebad Cossebaude langfristig sichern	A0045/20 beratend
12	Regelkonformes Handeln, Transparenz und Rechtssicherheit - Erarbeitung einer Compliance-Richtlinie für die Landeshauptstadt Dresden	A0054/20 beratend
13	Würdevolles Gedenken – lebendiges Erbe. Der 350. Todestag des Tonsetzers Heinrich Schütz 2022	A0063/20 beratend
14	Ein Dresdner Bildungsticket für monatlich 15 € für Alle!	A0621/19 beratend
15	Informationen/Sonstiges	
16	Sozialen Folgen der Corona-Krise begegnen - Handlungsspielraum erhalten	A0083/20 1. Lesung (federführend)
17	Mietenfonds für die freie Kultur- und Kunstveranstalterszene aufgrund der Corona-Pandemie	A0084/20 1. Lesung (federführend)
18	Einschränkung der Haushaltssperre gem. § 30 SächsKommHVO	A0085/20 1. Lesung (federführend)

öffentlich

Einleitung:

Der Vorsitzende, Herr **BM Dr. Lames**, begrüßt die Gäste, die Vertreter der Verwaltung und die Mitglieder des Ausschusses. Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Ladung fest und eröffnet die Sitzung.

Er verweist auf den Nachtrag, der den Mitgliedern noch zugegangen sei. Weiterhin strebt er an, zu TOP 6 eine inhaltliche Debatte zu führen trotz der Vertagung der Vorlage durch den Ausschuss Allgemeine Verwaltung Ordnung und Sicherheit.

Herr **StR Krüger** bittet als Einreicher um Vertagung der Tagesordnungspunkte 10 und 12, da hierzu noch fraktionsinterner Redebedarf bestehe.

Herr **StR Schmelich** teilt als Einreicher mit, dass die Tagesordnungspunkte 9 und 14 ebenfalls vertagt werden (voraussichtlich bis Herbst 2020). Die Fraktion werde signalisieren, wenn die beiden Anträge wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen.

Die so veränderte Tagesordnung inklusive Nachtrag wird bestätigt.

1 *Bericht zur Steuerschätzung, zu Maßnahmen des Freistaates Sachsen in Bezug auf die Kommunalfinanzen und zur Haushaltsverfügung vom 21. April 2020*

Herr **BM Dr. Lames** stellt anhand einer Präsentation die Ergebnisse der Steuerschätzung sowie die Maßnahmen vor, die der Freistaat Sachsen getroffen und der Bund angekündigt habe. Damit könnte diese Krisenzeit überbrückt werden, wenn die Anstrengungen von allen Seiten zusammentreffen. Es bestehe kein Anlass zur Resignation, aber auch keiner zur Leichtfertigkeit (siehe Anlage 1).

Herr **StR Blödner** fragt, ob sich die Voranmeldungen der Gewerbesteuer für Dresden bestätigt haben und wie hoch die Einsparungen aufgrund der Haushaltssperre bis zum Jahresende wären.

Herr **BM Dr. Lames** kann die Einsparungen noch nicht beziffern, weil die Geschäftsbereiche noch Freigabeanträge stellen, das werde vor dem Finanzzwischenbericht nicht zuverlässig zu beantworten sein. Die Absenkung von Gewerbesteuervorauszahlungen veranlasse nicht zu sagen, dass ein geringerer Verlust als die vorausgesagten 66 Mio. Euro eintreten werde.

Herr **StR Schmelich** möchte wissen, in welcher Größenordnung sich die Anträge auf Absenkung der Gewerbesteuer bis zum 15. Mai 2020 belaufen haben. Er bittet um eine Erklärung der Darstellung des kommunalen Schutzschirmes, dabei werde das Risiko der Rückzahlung formuliert, das sich ihm nicht erschließe.

Herr **BM Dr. Lames** antwortet, die Zahl der bewilligten Abmilderungen von Gewerbesteuervorauszahlungen haben einen derzeitigen Stand von 55 Mio. Euro, hochgerechnet für das ganze Jahr. Das Rückzahlungsrisiko würde dann drohen, wenn es bei der Steuerschätzung so bleibe, weil dabei die kommunalen Einnahmeverluste nicht so groß seien, wie ursprünglich angenommen.

Herr **StR Schmelich** fragt nach, ob es Gespräche mit dem Freistaat gebe, auch über 2020 hinaus die Steuermindereinnahmen auszugleichen.

Herr **BM Dr. Lames** erklärt, in dem ursprünglichen Papier zwischen der kommunalen Seite und dem Freistaat habe es einen Passus gegeben, dass der Freistaat entsprechend für Einnahmeausfälle in den Jahren 2021 und 2022 aufkommen möchte. Jetzt gebe es nur auf Referentenentwurfsebene die gesetzliche Umsetzung dieses Papiers, da sei von einem Ausgleich in den Jahren 2021 und 2022 nicht die Rede.

Herr **BM Dr. Lames** beantwortet Detailfragen von Herrn **StR Kießling** zur Entwicklung der Steuereinnahmen für Dresden, die schlechter ausfalle als bei Land und Gemeinden. Die Zahlen werden entsprechend erfasst und auch die Einschätzungen und Prognosen der großen Steuerzahler werden zugrunde gelegt.

Herrn **StR Kießling** interessiert vor allem die Folgenabschätzung. Er fragt, ob zu den Mehrbedarfslisten, die in der Verwaltung erstellt werden, auch die Folgenabschätzungen der Geschäftsbereiche dargestellt werden, die er gern erhalten möchte. Alle müssten darlegen können, was eine zwölfprozentige Kürzung für ihren jeweiligen Geschäftsbereich bedeute.

Eine Reduzierung der Mittel sei zwar einerseits eine Entlastung für den Haushalt, aber auf der anderen Seite stehen die Empfänger der Gelder. Er fragt, ob es eine Betrachtung gebe der direkten und indirekten wirtschaftlichen Folgen der Reduktion der Auszahlung im Verwaltungsbereich der Stadt um diese zwölf Prozent, insbesondere welche Branchen oder Personengruppen besonders betroffen seien.

Herr **BM Dr. Lames** weist darauf hin, dass diese Budgetvorgaben nicht der städtische Haushalt seien, sondern eine Rechengrundlage, auf der unter Abwägung aller Folgen und unter Beteiligung aller Geschäftsbereiche diese Auswirkungen gegeneinander abgewogen und in einen politischen Entscheidungsrahmen gebracht werden. Dieser Haushaltsentwurf werde nicht den Budgetvorgaben entsprechen. Dass hier öffentlich über Budgetvorgaben gesprochen werde, sei einzig und allein dem Umstand geschuldet, dass hier ein Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik vorliege, krisenbedingt durch den größten Rückgang des Bruttoinlandproduktes, den die Bundesrepublik in ihrer Geschichte erlebe. Er habe den Finanzausschuss beteiligen und nicht mit einem Haushaltsplanentwurf im September überraschen wollen.

Frau **StRin Osiander** rekapituliert, das vorgestellte Rechenmodell beruhe auf den Angaben zur Steuerschätzung im Mai 2020 und den Angaben aus dem Referentenentwurf zur Änderung des Sächsischen Finanzausgleichgesetzes, die wiederum die Konkretisierung des Verhandlungsergebnisses darstellen. Etwaige Bundeshilfen seien noch nicht mit einbezogen worden, weil dies noch nicht absehbar sei und mit einer Grundgesetzänderung verbunden wäre.

Wenn die Hilfen vom Freistaat Sachsen so wie prognostiziert fließen, dann könnte die Stadt 2021 und 2022 einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt erzielen unter drei Bedingungen:

- nicht mehr Personalkosten als jetzt,
- alle Sachkosten um 12 Prozent gekürzt,
- die rechnerischen Budgetansätze werden umgesetzt.

Zu den Personalkosten fragt sie nach dem Stand der Verhandlungen zwischen Verwaltung und Gesamtpersonalrat (GPR).

Herr **BM Dr. Lames** informiert, die Stadt sei im Tarifgefüge des öffentlichen Dienstes eingebunden, da sei Dresden auch bestens aufgehoben. Vor dieser Situation stehe jetzt jede Kommune. Er habe Vertrauen, dass die Tarifpartner bei den Verhandlungen im Herbst 2020, wenn der Tarifvertrag auslaufe, eine vernünftige Lösung finden werden. Sein Wunsch und seine Hoffnung sei, dass dort eine Lösung gefunden werde, die die Stadt übernehmen könne. Ein weiterer Vorteil einer solchen Lösung sei auch, dass sich das in aller Regel auf den Tarifvertrag der Länder erstrecke und damit auch die Besoldung der Beamten entsprechend angepasst werde, über die in einem Haustarifvertrag überhaupt nicht verfügt werden könnte. Ein Haustarifvertrag sei ausschließlich zwischenzeitlich eine Idee in den Reihen der Personalvertretung gewesen. Er glaubt, dass man sich zu Recht von dieser Idee verabschiedet habe.

Die Berechnung der Personalkosten im Modell mit einer Steigerung sei nur vom Bestandspersonal ausgegangen. Dresden sei eine wachsende Stadt mit wachsenden Aufgaben, sodass es eine ausgesprochen schwierige Situation sei.

Herrn **StR Schmelich** ist nicht klar, warum Herr BM Dr. Lames einen Haustarifvertrag mit den Optionen Verzicht auf Gehaltserhöhung und Absenkung der Grundvergütung um zwei Prozent für eine schlechte Lösung halte. Ihm sei nicht klar geworden, warum die Hoffnungen eher auf einer Lösung der Vertragsparteien liege. Er fragt, ob für 2021/2022 davon ausgegangen werde, dass es eine normale Tarifentwicklung unabhängig von der Frage der Personalentwicklung gebe oder dass es zu einer Absenkung der Grundvergütung kommen werde.

Er bezieht sich auf die letzte Folie und fragt nach dem Umgang mit dem Finanzierungsfehlbetrag.

Herr **BM Dr. Lames** bittet um Geduld zur Frage der Überlegungen, weil jetzt nicht verschiedene Instrumente, die zur Verfügung stehen, präsentiert werden sollen. Die Verwaltung müsse sich intern zunächst eine Meinung bilden, dann werde es einen Vorschlag des Oberbürgermeisters geben.

Herr **StR Schmelich** fragt, ob die Verwaltung davon ausgehe, dass Dresden sich einer Kreditaufnahme entziehen könne.

Herr **BM Dr. Lames** geht davon aus, das sei sein politisches Ziel. Im Herbst werden in Potsdam die Verhandlungen der Gewerkschaften mit den kommunalen Arbeitgeberverbänden erfolgen, mit diesem Ergebnis müsse die Stadt umgehen. Die Thematik Fachkräftemangel sei nicht verschwunden.

In der Krisensituation dürfen weder das soziale Leben, noch das investive Wirtschaftsleben und auch nicht das Vertrauen der Beschäftigten in die Verlässlichkeit ihrer Arbeitsgeberin Landeshauptstadt Dresden kaputt gespart werden. Er ist zuversichtlich, dass eine vernünftige Lösung gefunden werde. Er appelliert an alle, ehe „nein“ gesagt werde zu dem einen oder anderen, was die finanzielle Situation der Landeshauptstadt Dresden verbessern könne, vorher gründlich nachzudenken.

Frau **StRin Dr. Schöps** fragt, ob es eine Option wäre, offene Stellen vorübergehend nicht zu besetzen und eventuell Teilzeit zu ermöglichen.

Das habe es schon gegeben in einem Haustarifvertrag mit einer Art Zwangsteilzeit, so Herr **BM Dr. Lames**. Er ist gegenüber diesem Instrument skeptisch. Das Tarifiergebnis müsse zugrunde gelegt werde. Es gebe zurzeit keine systematische Wiederbesetzungssperre, aber teilweise werde von externen Einstellungen abgesehen.

Auf Nachfrage von Frau **StRin Dr. Schöps** zu einem Nachtragshaushalt erklärt Herr **BM Dr. Lames**, es sei ein Erlass des Ministeriums in Erarbeitung, der vorsehe, dass aufgrund der Pandemiebedingungen die Verpflichtung zur Vorlage eines Nachtragshaushaltes ausgesetzt werden solle. Die Überlegungen seien eher theoretisch. Die Verwaltung müsste bei einem Nachtragshaushalt einen kompletten Haushalt vorlegen mit allen Formen und Fristen, sodass vielleicht erst im Spätherbst damit zu rechnen sein könnte, fraglich sei jedoch, ob dieser genehmigungsfähig wäre.

Frau **StRin Dr. Schöps** möchte wissen, ob es ein Worst case-Szenario gebe.

Herr **BM Dr. Lames** verneint das. Die Zahlen werden so benannt, wie sie seien. Die Stadt sei vernünftig aufgestellt, sodass mit Zuversicht und Zurückhaltung an die Dinge herangegangen werde. Aus diesem Grund habe man sich zu dem formellen Mittel einer Haushaltssperre entschlossen.

Frau **StRin Ahnert** bezieht sich auf die Haushaltssperre vor dem Hintergrund von Investitionen. Alles, was jetzt im Haushalt enthalten sei, bleibe bestehen und werde nicht gekürzt. Bei den Schulen sei ein Haushaltsansatz gewählt worden, wo konkrete Projekte erst dann eingestellt werden, wenn eine gewisse Leistungsphase erreicht worden sei. Es gebe viele Sammelpositionen, wo Schulbauprojekte hinterlegt seien. Sie fragt, ob solche Projekte beginnen können, auch wenn im kommenden Jahr eine Finanzierung nicht enthalten sei oder werde es die ersten Projekte geben, die geschoben werden. Sollte dies der Fall sein, fragt sie, ob es dazu eine Liste gebe.

Herr **BM Dr. Lames** antwortet, bisher habe der Geschäftsbereich Finanzen, Personal und Recht keinen einzigen Antrag auf Freigabe einer Investition abgelehnt. Es solle nicht gegen diese Krise angespart werden. Im Bereich der Schulen sei man ohnehin im pflichtigen Bereich. Gemeinsam mit den Geschäftsbereichen werden die Themen geprüft, welche Projekte jetzt angeschoben werden müssen.

Abschließend stellt er fest, dass es schwierig sei, ein gutes Maß an Transparenz zu finden. Er strebe an, einen Haushalt vorzulegen, der einen Weg aus der Krise finden solle.

2 ***Evaluierung der Schlüsselprodukte in der Landeshauptstadt Dresden mit Wirkung ab dem Haushaltsplan 2021/2022***

V0175/19
beschließend

Frau **StRin Dr. Schöps** stellt einen **Änderungsantrag** vor (siehe Anlage 2), der den Mitgliedern schriftlich vorliegt.

Es gibt keine Wortmeldungen dazu.

Herr **BM Dr. Lames** bringt den **Änderungsantrag von Frau StRin Dr. Schöps** zur Abstimmung.

Abstimmung: **4 JA, 12 NEIN, 0 Enthaltungen**

Ergebnis: **Ablehnung**

Herr **BM Dr. Lames** bringt die **Vorlage** zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen ist beschließend tätig.

Beschlussvorschlag:

1. Die in der Anlage 1 gekennzeichneten Produkte werden als Schlüsselprodukte für die Landeshauptstadt Dresden bestätigt und sind im Sinne des § 4 Absatz 2 Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung (SächsKomHVO) ab dem nächsten Doppelhaushalt 2021/2022 auszuweisen.
2. Eine Aktualisierung der Schlüsselprodukte wird - bei Bedarf - jeweils vor einer neuen Haushaltsplanung durch den Ausschuss für Finanzen vorgenommen.

Abstimmung: **4 JA, 0 NEIN, 12 Enthaltungen**

Ergebnis: **Zustimmung**

Weitere Tagesordnungspunkte werden in nicht öffentlicher Sitzung behandelt.

Dr. Peter Lames
Vorsitzender

Elke Kaufmann
Schriftführerin

Heike Ahnert
Stadträtin

Dr. Viola Vogel
Stadträtin

Anlagen